

Sachverständigen haben eine fast gleichbleibende, auf eine Zahlungsdauer von 37 Jahren beschränkte Jahresleistung von 1650 Millionen vorgeschlagen. Wie nach den bisherigen Verhandlungen ohne weiteres anzunehmen ist, dürfte diese von deutscher Seite als tragbar erklärte Jahresleistung selbst aus drei Teilen bestehen, erstens einer transfergeschützten, zweitens einer transferungeschützten Summe und schließlich aus Zahlungen, die noch etwa zehn Jahre mit absteigender Staffelung geleistet würden. Gleichfalls aus dem Gang der früheren Verhandlungen kann wohl geschlossen werden, daß die deutschen Sachverständigen einen Transfereschutz für wenigstens die Hälfte der in Vorschlag gebrachten Jahresleistung verlangen, so daß transferungeschützt ungefähr 800 Millionen Mark blieben. Die Forderung der Gegenseite beläuft sich mit einer Mindestleistung von 1800 Millionen und soll gleichmäßig rasch ansteigen bis zu einer Endsumme im 37. Jahre von ungefähr 2450 Millionen, so daß sich eine Durchschnittsjahresleistung von ungefähr 2200 Millionen ergeben würde. Nach 37 Jahren sollten dann weitere 21 Jahre lang 1700 Millionen jährlich fällig sein mit der Möglichkeit, diese unter Bedingung des Gegenwertes im voraus abzuleisten. Die Transferklausel würde nach der Forderung der Gegenseite überhaupt ausgeschaltet werden. So läßt zahlenmäßig ein Unterschied von jährlich etwa 550 Millionen Goldmark, und ebenso besteht ein tiefer Gegensatz der Meinungen über den Transfereschutz und über die Ablehnung der Jahresleistungen über 37 Jahre hinaus.

Paris, 18. April. Die Morgenpresse stellt fest, daß der Unterschied zwischen den Forderungen der Delegationen der vier reparationsberechtigten Länder und dem Angebot der deutschen Delegation 18 Milliarden Mark betrage. Deutschland schlägt 26 1/2 Milliarden vor, die Gläubiger 39 Milliarden. Wenn auch das Wort „unaannehmbar“ ausgesprochen wird, so wird andererseits die Bereitwilligkeit der Reparationskonferenz, das deutsche Memorandum zu erörtern, festgehalten.

Ch. de Paris schreibt, französischerseits halte man die Konferenz für so gut wie beendet. Aber Amerikaner und Engländer wollten noch einen letzten Rettungsversuch machen. — Journal erklärt, die Forderungen der Gläubiger könnten nur noch eine ganz geringe Herabsetzung ertragen. Der Spielraum sei umso beschränkter, als die Amerikaner jede Konzession an ihrem Reparationsanteil ablehnten. — Petit Parisien bezeichnet das Angebot Schachts als derart außerhalb des Bereichs der Möglichkeit.

Der Lohnstreik bei der Reichsbahn.

Vertagung bis nach Abschluß der Pariser Verhandlungen? Berlin, 17. April. Halbamtlich wird gemeldet: Die Reichsbahn hat auf Grund des bei ihr von den Spitzengewerkschaften eingegangenen Schreibens eine Verbindung mit den Reichsreformern zwecks einer nochmaligen Besprechung der Lage aufgenommen, die voraussichtlich in den nächsten Tagen erfolgen wird. Bekanntlich haben die Spitzengewerkschaften sich dafür eingesetzt, während dieser Zeit Streiks nach Möglichkeit zu verhindern. Es muß im Interesse der stetigen Weiterentwicklung der Wirtschaft gefordert werden, daß der Lohnstreik bei der Eisenbahn erst nach Abschluß der Pariser Verhandlungen ausgetragen wird.

Ein neuer 150-Millionen-Kredit für das Reich.

Berlin, 17. April. Die gestrigen Verhandlungen zwischen dem Reich und den D-Banken haben zu dem Ergebnis geführt, daß der vor wenigen Tagen zurückgezogene 150-Millionen-Kredit dem Reich erneut zur Verfügung gestellt wird. Es handelt sich diesmal um einen Kredit, den nicht allein die vier seinerzeit beteiligten D-Banken geben, sondern an dem die sämtlichen im Reichsanleihekonsortium vereinigten Banken beteiligt sind.

Reichstag am 22. April.

Berlin, 17. April. Reichstagspräsident Lobe hat die nächste Reichstagsitzung für Montag, den 22. April einberufen.

Indienststellung des Kreuzers „Königsberg.“

Glückwunsch des Reichspräsidenten.

Wilhelmshafen, 17. April. Die Indienststellung des Kreuzers „Königsberg“ hat heute früh mit einer kurzen militärischen Feier stattgefunden. Der Kommandant, Fregattenkapitän von Trotha, wies in seiner Ansprache auf die beiden Namensvorgänger des Kreuzers „Königsberg“ hin, die sich im Kriege einen Namen gemacht haben und erinnerte an die ostpreussische Patenstadt Königsberg. Während die Ehrenwache das Gewehr präsentierte, wurden auf dem Kreuzer Flaggen und Wimpel gehißt. Der Kommandant brachte ein dreifaches Hurra auf den Reichspräsidenten aus, in das die Mannschaft einstimmte.

Reichspräsident von Hindenburg hat folgendes Telegramm an den Kommandanten des Kreuzers gerichtet: Dem Kommandanten der „Königsberg“ spreche ich zur Indienststellung meine besten Glückwünsche aus. Eingedenk der ruhmvollen Taten, die mit dem Namen der „Königsberg“ verbunden sind, möge das Schiff die deutsche Flagge in Ehren zeigen, wo immer es auch sei. Dem Kreuzer und seiner Besatzung wünsche ich alle Zeit glückliche Fahrt.

Stolz, 18. April. Die Bauern Lang und Dieß, die am 13. August v. J. eine aus Anlaß der Schulverschonungsfeier geübte Reichsfahne herunterholten, wurden vom Landgericht zu je drei Wochen Gefängnis verurteilt, ebenso der Landbundobmann Wandke. Das erstinstanzliche Urteil hatte auf Freispruch gelaute mit der Begründung, daß ein Zwang zur Beflaggung des Schulgebäudes nicht vorgelegen habe.

Hamburg, 17. April. Die hamburgische Bürgerschaft hat heute beschlossen, der hamburgischen Studentenschaft die Zugehörigkeit zur Deutschen Studentenschaft zu unterlegen. Dieser Antrag war von sozialdemokratischer und demokratischer Seite gestellt worden. Der Präses der Hamburger Hochschulbehörde, Senator Dr. de Chapeaurouge, hatte sich persönlich gegen die Annahme dieser Anträge ausgesprochen, jedoch erklärt, daß der Senat sich bei Annahme der Anträge seine weitere Stellungnahme vorbehalten würde.

Zeit legend, daß man glauben möchte, die deutsche Delegation wolle bewußt die Konferenz zum Scheitern bringen. — Deuzer erklärt, das deutsche Memorandum enthalte nur lächerliche Vorschläge.

Paris, 17. April. In einer von Havas ausgegebenen Erklärung heißt es: Die deutschen Gegenvorschläge stellten etwa 26 1/2 Milliarden Mk. Gegenwert dar, was genau ausreichen würde, um die Rückzahlung der inaktiven Schulden zu decken (24 Milliarden), ferner den Zinsendienst für die Dawesanleihe (eine Milliarde) und die von den Vereinigten Staaten geforderten Summen für die Erstattung der amerikanischen Besatzungskosten (eine Milliarde 400 Millionen Mark). Es würde mithin kein Restbetrag für die eigentlichen Reparationen übrig bleiben. Es sei zweifelhaft, ob die deutschen Angebote Aussicht hätten, bei den Delegationen der Gläubigerstaaten Erfolg zu haben, und andererseits, hervorzuhellen, daß diese „Gegenvorschläge“ vollkommen außerhalb dessen lägen, was die amerikanische Delegation am 28. März als eine für alle annehmbare Diskussionszone angesehen habe.

„Trübe, aber nicht hoffnungslos.“

Berlin, 17. April. In der Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages erklärte Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius: Es wird von Ihnen wohl verstanden werden, daß ich in diesem Augenblick nicht in der Lage bin, zu der Reparationsfrage, die unser aller Denken beschäftigt, sachliche Ausführungen zu machen. Ich sehe mit der gesamten deutschen Wirtschaft in die Sachumde. Unerfahrenheit und Besonnenheit der Vertreter Deutschlands im Sachverständigenausschuß das größte Vertrauen und sende in diesem Sinne unseren Sachverständigen einen Gruß hinüber.

Präsident Franz von Mendelssohn nannte das Bild der Wirtschaft trübe, aber nicht hoffnungslos.

Der Weltbankier.

Washington, 17. April. Das Handelsamt berechnet die dem Ausland im letzten Jahre gewährten amerikanischen Darlehen auf 1488 Millionen Dollars gegen 1592 Millionen im Jahre 1927. Unter den Darlehensempfängern befinden sich Deutschland, das 292 Millionen erhielt, Kanada mit 237 und Argentinien mit 113 Millionen.

Das Urteil im Weidenfleher Bauernprozeß

Ipsloe, 17. April. In dem Prozeß gegen die Weidenfleher Bauern, die sich gegen die Pfändung von Vieh wegen rückständiger Steuern auflehnt hatten, wurde heute das Urteil gesprochen. Die Angeklagten Heinrich Rod und Albert Kühn werden zu je acht Monaten Gefängnis verurteilt. Außerdem werden zu je sechs Monaten Gefängnis mit dreijähriger Bewährungsfrist und Zahlung einer Geldbuße von 150 Mark 23 Angeklagte verurteilt. Der Angeklagte Hanssen wird zu einer Geldstrafe von 150 Mark verurteilt, an deren Stelle 10 Tage Gefängnis treten würden. 32 Angeklagte werden freigesprochen.

Zur Begründung des Urteils führte der Vorsitzende u. a. aus, man habe sich in manchen Punkten mit der Wahrscheinlichkeit begnügen müssen, da eine absolute Gewißheit über einige Vorgänge aus der Beweisaufnahme nicht habe gewonnen werden können. Wer das Gesetz antaste, müsse bestraft werden. Ohne Leidenschaft, nur von dieser Ueberzeugung geleitet, habe das Gericht die Straftaten der Angeklagten betrachtet. Die Angeklagten seien an sich ruhige und nützlichere Menschen. Das Gericht sei überzeugt davon, daß sie sich tatsächlich in einer wirtschaftlichen Notlage befänden, einer Lage, die freilich oft auch durch persönliches Mißgeschick verschärft worden sei. Not dürfe freilich nicht ein Grund sein, um das Gesetz zu übertreten! Daß die Angeklagten den Boden des Gesetzes verlassen hätten, habe die Beweisaufnahme ergeben. Bei einem Teil von ihnen müsse Aufruf, wenn auch unter Jubilligung mildern der Umstände, bejagt werden.

Als die Angeklagten das Gerichtsgelände verlassen hatten, erhielten sie im gegenüberliegenden Gasthof, in dem sie sich nach den Gerichtsverhandlungen täglich versammelten, von Damen Blumensträuße mit schwarzen weißen roten Schleifen überreicht, die sie auf dem Weg durch die Stadt nach dem Lokal „Freudenthal“ mit sich führten, wo eine Bauernversammlung stattfinden sollte. Zu dieser Versammlung hatten sich außer den Angeklagten etwa 200 250 Bauern aus der näheren und weiteren Umgebung eingefunden. Die Versammlung wurde jedoch von der Polizei verboten. Darauf vereinigten sich die Teilnehmer in dem Lokal zu einem geselligen Beisammensein, das unter Aufsicht der Polizei stattfand. Rechtsanwältin Luettgebrune hielt eine kurze Ansprache, in der er darauf hinwies, daß es Sache der Verteidigung sein werde, die Frage einer Verurteilung gegen das Urteil zu klären. Er schloß mit dem Wunsch, daß die Angeklagten im Gefühl der Liebe zur Scholle, zur Heimat, zum Vaterlande stets zusammenstehen möchten. Nach einem von ihm ausgebrachten Hoch auf das deutsche Vaterland sangen die Anwesenden stehend das Deutschlandlied.

Oslo, 17. April. Die Regierung hat auf das Ersuchen der norwegischen Arbeiterpartei und der Gewerkschaften, Trocki den Aufenthalt in Norwegen zu gestatten, erklärt, daß sie sich nicht in der Lage sehe, dem Ersuchen stattzugeben.

Brüssel, 17. April. König Boris ist heute hier eingetroffen. Er wurde am Bahnhof von König Albert begrüßt und begab sich mit ihm nach Schloß Laeken, wo er auf zwei Tage Wohnung nehmen wird.

Rom, 17. April. Gestern abend wurde der bayrische Ministerpräsident Dr. Heß mit seiner Begleitung, darunter der bayrische Gesandte Freiherr von Ritter, vom Papst Pius XI. feierlich empfangen. Der Papst führte die Unterhaltung mit dem Ministerpräsidenten in deutscher Sprache. Der Ministerpräsident überbrachte die Glückwünsche zum goldenen Priesterjubiläum des Papstes und zum Abschluß der Lateranverträge.

Kalkutta, 17. April. Wie aus Kabil gemeldet wird, ist etwa 60 Kilometer von Kabul entfernt zwischen den Truppen Habib Ullahs und den Stämmen der Wardaki, die auf Seiten Aman Ullahs stehen, ein heftiger Kampf entbrannt. Die Verluste werden als sehr schwer bezeichnet. Die Krankenhäuser sind voll von Verwundeten.

Die Abrüstungspleite.

Allgemeines Schweigen.

Genf, 17. April. Bei der allgemeinen Aussprache über die russischen Abrüstungsvorschläge gab heute Graf Bernstorff im Abrüstungsausschuß eine Erklärung ab, in der er sagte, er betrachte es als einen Vorteil, daß angesichts der geringen Ergebnisse der bisherigen Beratungen nunmehr Vorschläge mit bisher unerhörten neuen Gedanken unterbreitet worden seien. Er hoffe, daß diese Vorschläge die Kommissionsarbeiten beleben und fördern werden.

Die allgemeine Aussprache über die sowjetrussischen Vorschläge nahm einen völlig unerwarteten Verlauf und führte zum Schluß zu fünf russischen Auseinandersetzungen. Der Präsident stellte zunächst fest, daß keinerlei Wortmeldungen zu den sowjetrussischen Vorschlägen vorliegen. Seine fortgesetzte Aufforderung, zu den Vorschlägen Stellung zu nehmen, begegnete allgemeinem Schweigen. Er sah sich daher gezwungen, die Verhandlung zu unterbrechen. In der Zwischenzeit sehen die üblichen Vermittlungsversuche der höheren Sekretariatsbeamten ein, um einen Ausweg aus der peinlichen Lage zu finden. Auf die erneute Anforderung des Präsidenten zu Wortmeldungen folgte abermals allgemeines Schweigen. Litwinow erklärte, er schloß vor, zu beschließen, daß in Zukunft jede einzelne Abordnung gezwungen sein soll, öffentlich zu den vorliegenden Anträgen Stellung zu nehmen. Der Präsident lehnte dieses Ersuchen ab mit der Begründung, es liege nicht in seiner Macht, die einzelnen Abordnungen zu Erklärungen zu zwingen. Litwinow brachte dann einen neuen Antrag vor, in dem die Kommission endgültig zu den Hauptanträgen der sowjetrussischen Anträge (allgemeine Herabsetzung der Rüstungen, proportionale Herabsetzung der Rüstungen der kleineren Länder und Schaffung einer internationalen Kontrollkommission für die Herabsetzung der Rüstungen) Stellung nehmen soll. Durch diese Formulierung war die Kommission in die Zwangslage verkehrt, entweder den Grundgedanken der allgemeinen Abrüstung zu verneinen, oder die sowjetrussischen Vorschläge anzunehmen. In dieser allgemeinen Verwirrung sah der Präsident keinen anderen Ausweg, als die Sitzung aufzuheben und auf Donnerstag zu vertagen.

Wie die „Abrüstung“ aussieht.

Paris, 17. April. In Caen wurde gestern der für die polnische Marine bestimmte Torpedobootszerstörer „Burza“ vom Stapel gelassen. Er besitzt eine Wasserverdrängung von 1540 Tonnen, mißt 107 Meter in der Länge und 10 Meter in der Breite und wird mit mehreren 130 kalibrigen Geschützen, zwei 40 kalibrigen Geschützen und sechs Torpedolancierrohren bestückt werden.

Eine Kampfregerung in Oesterreich?

Berlin, 17. April. Nach dem Rücktritt des Bundeskanzlers Dr. Seipel haben sich bekanntlich die bürgerlichen Mehrheitsparteien darum bemüht, eine taktische Verständigung mit der Sozialdemokratie über die weitere Behandlung des Mietengesetzes zustande zu bringen. Man wollte eine Regelung finden, die es der Sozialdemokratie unmöglich machen sollte, die kommenden Wahlen wiederum mit der so augkräftigen Parole des angehenden Mietenerwähers zu bestreiten. Wie es scheint, sind diese Verhandlungen zum Mißerfolg verurteilt. Wohl hat die österreichische Sozialdemokratie selbst die Einsticht gewonnen, daß die gegenwärtigen Zustände im Wohnungswesen und im Wohnungsbau unhaltbar geworden sind, aber von dieser Einsicht bis zur Erkenntnis, daß es zur Abhilfe dieser Zustände gewisser unpopulärer Maßnahmen bedarf, ist noch ein weiter Schritt. Deshalb sind die Verhandlungen zwischen den bürgerlichen Mehrheitsparteien und der Sozialdemokratie ins Stocken geraten. Die christlichsozialen Partei, die auch im kommenden Kabinett den Kanzler stellen wird, scheint nunmehr entschlossen zu sein, einen Vertreter ihrer scharfen Richtung für diesen Posten vorzuschlagen. Es handelt sich um den Landeshauptmann von Vorarlberg Dr. Ender, der von jeher ein lebhafter Förderer der Heimwehrenbewegung gewesen ist. In manchen politischen Kreisen ist man allerdings der Auffassung, daß es sich einseitig um eine Drohung der Christlichsozialen handelt, um die Sozialdemokratie zu stärkerem Nachgeben zu bewegen. Man wird abwarten müssen, welche Haltung die Sozialdemokratie nunmehr einnimmt. Bleibt sie bei der Behandlung der sachlichen Streitfragen unbeeindruckt, dann wird man mit einem Kampfkabinett Dr. Ender und mit einer weiteren Verschärfung der innenpolitischen Gegensätze in Oesterreich wohl rechnen müssen.

Chamberlain schwindelt.

London, 17. April. Chamberlain gab im Unterhaus eine Erklärung ab, in der er die zufälligen Umstände schilderte, die während seines Aufenthalts in Florenz zu der Zusammenkunft mit Mussolini führten. Er hob darin hervor, daß dieser keine besondere Bedeutung (!) zukomme. Natürlich hätten Mussolini und er nicht nur von den englisch-italienischen Beziehungen gesprochen, die glücklicherweise sehr herzlich seien, sondern auch von der allgemeinen Lage Europas.

193 Pocken-Fälle in London.

Die Epidemie greift weiter um sich.

London, 17. April. Die Pocken-Epidemie nimmt immer weiteren Umfang an. Außer einigen Mitgliedern der Besatzung des Dampfers „Tuscania“ sind seit Sonnabend 15 Personen in die Krankenhäuser in Northampton eingeliefert worden, wo zur Zeit mehr als 100 Fälle behandelt werden. Aus den Krankenhäusern von London wird gemeldet, daß 36 neue Fälle zu verzeichnen sind, so daß sich die Zahl der in London an Blattern Erkrankten allein auf 193 stellt.

Paris, 17. April. In dem heute unter Vorsitz des Präsidenten der Republik abgehaltenen Ministerrat berichtete Arbeitsminister Loucheur über die zur Verhütung der Einschleppung der Pocken aus England getroffenen Maßnahmen zur Kontrolle der Reisenden. Es wird unverzüglich eine Konferenz englischer und französischer Sachverständiger für Gesundheitswesen einberufen, die gemeinsam alle notwendigen Maßnahmen zur Verhütung der Weiterverbreitung der Pocken festsetzen sollen.

Auf der Station 5 a hnung und schob wurden 10 mern gebore großen Anz minister Unfallsche Der Se Reibels et das nur et gerde der hart. Das haltig den Güterg so heftig, da als erse geworfen w fentrecht auf

Das Fr Ramlags Pr nsterpräber von dem Ur in der verfo ichen Frakti Sachfen gege gefordert. N tober 1926 gründung de rechtlicher B sch Ihr E C Eine W freiehr

• Wohn ministerium 31. Mai 192 • Der U beitsgebiet ngen mit 230 Jahrehauptu verfassungsl alle Dr. Be 1928 brachte schwere Rück pterierten d sehr heftige u mit den G ohne im Dez bund durchsch bei einzelnen beizt das es gen mit ein creditsunde Die Arbeitsl gemacht, sie n in Sachfen u nigt einen h ungenzhang der Arbeitst Der Schlichtu herausgenom arbeiter betr schäftigten A n zählen w vorhandenen wort. Wirts Sozialismus stigen Auf zugt. Der Die ungeheur die Synthe finden.

• Vor dem noch über die Pockenwerra, 1911 in Würt Ballez Wierf nchen tätig ellig verloren sch zu einer e Frau b ochter u orfcher u des Gen mit einem G die vier Wen liden, daß W stellungen über aus an dem vorhaltungen schmittos ha ngen wollen, es Wilschaf s Wilschaf reidungsse verweiger schick abge